

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Kraftschrift: Tagesblatt Riesner  
Gesetz Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Witten.

Postfachkonto: Dresden 1538  
Grotzstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 127.

Montag, 2. Juni 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für Monat 2 R. 50 Pf. durch Post, 2 R. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Elben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Wulsttag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Döcker & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Grotzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Udemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Der Verzicht der Deutschnationalen.

Von unserem Berliner Vertreter.

Der Verzicht der deutschnationalen Reichstagsfraktion auf die Teilnahme an einem Kabinett Marx hat in politischen Kreisen lebhafteste Auseinandersetzungen hervorgerufen. Im Zentrum und bei den Demokraten ist man der Meinung, daß die ablehnende Haltung der Deutschnationalen begründet werden müsse, weil die Gefahren eines Rechtskurles für Deutschland die Vorteile erheblich überwiegen könnten. Die Deutsche Volkspartei ist durch den Entschluß der Deutschnationalen, der Regierung fernzubleiben, außerordentlich betroffen und befürchtet, daß ein weiteres Verharren der Deutschnationalen in der Opposition für die innenpolitische Entwicklung von katastrophaler Bedeutung sein würde.

Im gegenwärtigen Augenblick muß festgestellt werden, daß vielleicht für alle beteiligten Parteien der Entschluß der Deutschnationalen, sich nicht an der Regierung zu beteiligen, die beste Lösung ist. Es bleibt immer noch die Möglichkeit offen, daß die Forderungen der Deutschnationalen im Verlaufe von wenigen Monaten durchdringen werden und dann in den Kreisen des Zentrums eine ganz andere Einstellung gegenüber der deutschnationalen Partei vorhanden ist. Zunächst wird die neue Regierung mit 10 außerordentlichen Schwierigkeiten in der Frage der Durchführung der Sachverständigen-Gutachten zu kämpfen haben, die eine innenpolitische Reorientierung nach rechts kaum durchzuführen werden kann. Diese Auffassung vertritt man auch in den Kreisen der deutschnationalen Partei und man ist sich daher vollständig damit einverstanden, daß sich die anderen bürgerlichen Parteien in kurzer Zeit ganz anders zu der Lösung der innenpolitischen Probleme einstellen werden. Es bleibt nunmehr die Kernfrage offen, ob die Deutschnationalen bei der Durchführung der Gesetze über die Reparationsfrage das neue Kabinett unterstützen oder ob sie eine Auflösung des Parlamentes dadurch herbeiführen, daß sie die notwendige Zweidrittel Mehrheit scheitern lassen werden. In den Kreisen des auswärtigen Amtes würde man die letztere Lösung für außerordentlich katastrophal halten. Die Diplomatie, die durchaus nicht parteipolitisch eingestellt ist, hält immer wieder der Parteien das Primat der Außenpolitik entgegen. Wenn man in der Außenpolitik Verwirrung schaffen will, so brauche man sich nicht darüber zu streiten, ob ein Rechts- oder Linkskurs in Deutschland durchgeführt werden solle. Beide Richtungen könnten unmöglich den drohenden Ruin der deutschen Wirtschaft verhindern, wenn einmal die Tatsache eingetreten ist, daß die Alliierten den gegenwärtigen Zustand an Rhein und Ruhr aufrecht erhalten, mit der Begründung, Deutschland habe die Durchführung der Sachverständigen-Gutachten verhindert. Man rechnet daher nicht ohne eine Zuerstreckung mit der lokalen Haltung der deutschnationalen Partei, die trotz ihrer oppositionellen Haltung den Parteien der Mitte gegenüber nicht entschlossen sein wird, die Lösung der außenpolitischen Probleme zu verhindern. Die Bildung einer Regierung ohne Mitwirkung der Deutschnationalen kann selbstverständlich nur als Übergangsstadium angesehen werden. Kein ernsthafter Politiker wird es für möglich halten, daß man die deutschnationale Partei für dauernd von der Beteiligung an der Reichsregierung ausschließen kann. Aber es wird von allen Seiten übereinstimmend darauf hingewiesen, daß die gegenwärtigen Voraussetzungen von vornherein die denkbar schlechtesten waren. Die deutschnationale Partei hatte sich darauf festgelegt, den Kurs der neuen Regierung innen- und außenpolitisch zu bestimmen, jedoch ohne eigentlichen Übergang von vornherein grundlegende Veränderungen eingetreten wären. Die Aussichten, im Moment der Bildung einer französischen Linkregierung in Deutschland mit einer nach außen hin als Rechtskabinett gekennzeichneten Regierung auftreten zu wollen, haben nicht nur in der Zentrumsparlei die größten Bedenken hervorgerufen. Vielmehr bleibt die Möglichkeit offen, daß die Deutschnationalen in der Zeit der außenpolitischen Erörterungen strikte Neutralität bewahren, um nachher von Neuem ihre Bestrebungen zur Übernahme der Regierung in Deutschland aufzunehmen.

## Die Volkspartei zur Regierungsneubildung.

Die Deutsche Volkspartei hat am Sonnabend in ihrer Fraktionsversammlung außer der Entschließung über ihr Festhalten an der Ministerkandidatur Dr. Stresemann noch folgende Resolution gefaßt:

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei ist durch die gestrige Erklärung der Deutschnationalen vor eine völlig neue Lage gestellt worden. Sie stand bisher unter dem Eindruck, daß die Deutschnationalen ebenso wie die Deutsche Volkspartei gewillt seien, unter Fortführung der Grundlinien der bisherigen Außenpolitik eine Zusammenfassung aller bürgerlichen Kräfte herbeizuführen. Sie war zu dieser Annahme umso mehr berechtigt, als die gesamte außenpolitische Lage und die Situation der deutschen Wirtschaft einschließlich der Landwirtschaft namentlich in der Kreditfrage die Annahme und beschleunigte Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens gebieterisch erfordern, wobei die Deutsche Volkspartei die Sicherung der politischen und Ehrenforderungen als selbstverständlich erachtet. Die Deutsche Volkspartei hat durch ihre Verhandlungsführer in den vergangenen Wochen ununterbrochen auf diesem Ziel festgehalten und ist in ihren Bemühungen unter Zurückstellung parteipolitischer und persönlicher Interessen bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen. Durch die Veröffentlichung des deutschnationalen Beschlusses mit seiner parteielffiziösen Kommentierung, insbesondere durch die Forderung einer Kursänderung in

der auswärtigen Politik sind diese Bemühungen der Deutschen Volkspartei zur Fruchtlosigkeit verurteilt worden. Ihre Rolle als ehrlicher Makler hat damit ihr Ende gefunden.

In der neuen Lage wird die Fraktion in einer für heute Montag telegraphisch einberufenen Sitzung Ziel setzen, da die Möglichkeit der Anwesenheit aller Fraktionsmitglieder gegeben werden mußte. Eine Verzögerung der Regierungsbildung tritt dadurch umso weniger ein, als auch die bayerische Volkspartei, die selbstverständlich zu den Verhandlungen mit herangezogen werden muß, spätestens am Montag in Berlin verfügbar sein wird.

## Die Verhandlungen um die Regierung.

Es bleibt beim Alten!

Berlin. Der gestrige Sonntag ist allem Anschein nach die letzte Ruhepause in den Verhandlungen vor der Neubildung der Reichsregierung gewesen. Im Grunde handelt es sich gar nicht mehr um eine wirkliche Neubildung, sondern man muß damit rechnen, daß das alte Kabinett im wesentlichen mit einigen wenigen Veränderungen zurückkehrt. Bereits am Sonnabendmittag klärte sich auf Grund der Fraktionsberatungen die Lage soweit, daß man allgemein zu der Überzeugung kam, die Regierung auf der Basis des großen Bürgerblocks sei nun endgültig unmöglich gemacht. In dieser Auffassung wurde auch durch die am Sonnabendnachmittag ausgegebene Erklärung der Deutschnationalen nichts mehr geändert, in der gesagt war, daß die Verhandlungen über den Bürgerblock nicht als abgebrochen zu betrachten seien, sondern daß andere Möglichkeiten erwogen werden könnten, wenn auch die Verhandlungen mit dem Kanzler Marx nicht fortgesetzt werden könnten. Diese Erklärung hat in parlamentarischen Kreisen nach den anderen Erklärungen der Deutschnationalen vom Tage zuvor nur geringen Eindruck gemacht, und die parteipolitischen Entschlüsse von Sonnabendmittag werden allgemein dahin aufgefaßt, daß nun kein anderer Weg mehr übrig bleibt, als die Rückkehr des alten Kabinetts auf der Basis der Weidnerkoalition.

Es ist anzunehmen, daß fast sämtliche Ministerposten in den Händen der bisherigen Inhaber bleiben. Sollten die Dinge diesen Verlauf nehmen, so ist es möglich, daß die erneuerte Reichsregierung noch am Montag, voraussichtlich wohl aber am Dienstag, vor dem Reichstag treten wird, um dort ihre programmatische Erklärung abzugeben und die Vertrauensfrage zu stellen. Es ist wahrscheinlich, daß dann zunächst eine kurze Zeit verhältnismäßig ruhiger Arbeit einleiten kann, besonders außenpolitisch ist dies auch unbedingt notwendig, denn nachdem der Rücktritt Wolcarré erfolgt ist, wird man binnen kurzem eine neue französische Regierung erwarten können, die dann wahrscheinlich mit ziemlicher Bestimmtheit an die Lösung der internationalen Fragen, besonders des Reparationsproblems, herangeht.

## Vorläufig keine Neuwahl des Reichspräsidenten.

Berlin, 2. Juni. In parlamentarischen Kreisen verläutet, daß der nationalsozialistische Antrag auf sofortige Neuwahl des Reichspräsidenten, der im neuen Reichstag in den nächsten Wochen behandelt werden dürfte, voraussichtlich der Ablehnung verfallen wird. Für den nationalsozialistischen Antrag werden die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und die Kommunisten stimmen, während alle anderen Parteien für das Verbleiben Oberts eintreten werden.

## Der bisherige Reichstagspräsident Löbe

verabschiedete sich am Sonnabend von den Beamten und Angestellten des Reichstags. Er erwähnte dabei, wie er in vollem gegenseitigen Verständnis vier Jahre lang, namentlich durch die schwere Zeit der Inflation, mit dem Personal des Reichstags habe zusammenarbeiten können. Er erklärte dankbar die oft überanstrengte Tätigkeit des Personals an. Insbesondere dankte er auch der Presse für das ungewöhnliche Wohlwollen, das sie ihm stets entgegengebracht habe.

Der Direktor bei dem Reichstag, Geheimrat Walle, erwiderte mit herzlichen Dankworten an Herrn Löbe, sodann begrüßte

der neue Präsident Wallraf

die Beamten und Angestellten und betonte, wie sehr treue Pflichterfüllung im Dienste des Vaterlandes die erste Sorge aller sein müsse. Er werde auch für die Sorgen der Beamten stets offenes Ohr und offenes Herz haben.

## Attentat auf Bundeskanzler Dr. Seipel.

Wien. Auf den Bundeskanzler Dr. Seipel wurde gestern abend auf dem Wiener Südbahnhof von einem Passagier desselben Juges, in dem der Bundeskanzler gereist war, ein Attentat verübt. Dr. Seipel wurde durch einen Lungenschuß schwer verletzt. Der Täter verlegte sich bei seiner Verhaftung selbst durch einen Schuß schwer. Er ist noch nicht vernehmungsfähig.

Wien. Der Verübler des Anschlages auf den Bundeskanzler heißt Jaworek und ist Spinner aus Wollendorf. Der Bundeskanzler wurde in schwer verletztem Zustand in das Wiener Krankenhaus gebracht und wurde sofort operiert. Ueber die Motive des Täters ist noch nichts bekannt. Der deutsche Botschafter hat sich, sobald er von dem Attentat erfahren hatte, zum Spital begeben, um sich nach dem Befinden des Bundeskanzlers zu erkundigen.

Wien. Zu dem Attentat auf den Bundeskanzler sind noch gemeldet: Von den zwei Schüssen, die auf den Bundeskanzler abgegeben wurden, ist der eine ein Streifschuß, der andere ein Lungenschuß. Das Weichoh des Lungenschusses ist im Körper stecken geblieben. Ueber den Zustand des Verletzten kann ein abschließendes Urteil noch nicht abgegeben werden. Die Verwundung ist sehr schwer, wenn auch nicht tödlich.

Wien. (FunkSpruch.) Zum Attentat auf den Bundeskanzler Seipel eröfnet die Blätter in später Nachtstunden, daß der Täter bei der Vernehmung von einem Brief gesprochen habe, der Auskunft über die Ursachen der Täterschaft geben werde. Nach Mitternacht wurde dieser Brief auch aufgefunden. Er war an die Frau des Arbeiters gerichtet und enthielt das Geständnis, daß er in seiner Fabrik eine Veruntreuung begangen hätte. Infolgedessen habe er sich entschlossen, aus dem Leben zu scheiden. Wenn er aber aus dem Leben scheide, so wolle er noch eine zweite Verletzung, und zwar den, dem die Arbeiter ihr Geld verdanken, mitnehmen.

Wien. (FunkSpruch.) Heute früh 7.30 wurde über den Zustand Dr. Seipels folgender Bericht ausgeben: Nach gut verbrachter Nacht allgemein zufriedenstellend. Puls 96, Atem 25, Temperatur 36,7. Blutankungen des rechten Unterlappens nicht getrigert. Sehr geringer Blutauswurf. Dr. Seipel muß ab heute Ruhe halten.

Wien. (FunkSpruch.) Die Blätter melden weiter: Bei der Vernehmung des Täters Jaworek wurde ein Dolch zurutage gefördert. Bei der Vernehmung gab er noch an, daß er mit niemandem nach Wien gekommen sei und ihm auf dem Wiener Südbahnhof gesagt worden sei, er solle Dr. Seipel abtun. Auf die Frage, wer dieser Auftraggeber sei, antwortete er nur: Ich bin beauftragt. Er habe auch nie Sachen getragen, die zur Ausführung der Tat bestimmt wären, er habe sich nur einen Revolver und einen Dolch zugelegt. Wenn man von ihm mehr erfahren wolle, dann solle man seine Mutter nach Wien kommen lassen, er werde dann alles sagen.

Wien. (FunkSpruch.) Nach weiteren Blättermeldungen hat man bei Jaworek außer den Waffen noch einen Tauchschein und eine Mitgliedskarte der Sozialdemokratischen Partei, Ortsgruppe Oppenheim vorgefunden.

## Die Reichsregierung an Dr. Seipel.

Berlin. (FunkSpruch.) Der Reichspräsident hat an Dr. Seipel in Wien folgendes Telegramm gerichtet: Durch die Nachricht von dem ruckartigen Anschlag auf den österreichischen hochverdienten, auch von mir sehr geschätzten Bundeskanzler Dr. Seipel verliere ich Ihnen und dem österreichischen Volke meine herzlichste Teilnahme. Dem verletzten Bundeskanzler bitte ich, meine herzlichsten, aufrichtigsten Wünsche für seine baldige Wiederherstellung zu übermitteln.

Anßerdem hat Dr. Stresemann im Auftrage der Reichsregierung dem Bundeskanzler Dr. Seipel die Entrüstung über die unglückliche Tat und die besten Wünsche für baldige Wiederherstellung zum Ausdruck bringen lassen.

## Ausweg aus der Kreditnot?

Die Kreditnot nimmt in Sachsen immer bedrohlichere Formen an und läßt für die nächsten Wochen Schlimmes befürchten, wenn nicht bald durchgreifende Abhilfe geschaffen wird. Eine erhebliche Zunahme der Arbeitslosigkeit ist fast unvermeidlich, da auch die Goldindustrie das Kreditbedürfnis der für das Inland arbeitenden Industriellen nicht befriedigen kann, die von der geschaffenen Erleichterungen also nur in beschränktem Umfang merkbar sind. Ohne Aufrechterhaltung des Inlandsverkehrs wird aber schließlich auch der Export zurückgehen; da beide Gruppen der industriellen Tätigkeit miteinander eng verknüpft sind. Schon jetzt müssen Auslandsaufträge zurückgewiesen werden, da sie nicht finanziert werden können. Der Verband sächsischer Industrieller hat durch die täglich bei ihm eingehenden Klagen und Beschwerden reichhaltiges Material über den Ernst der gegenwärtigen Situation gewonnen und sich nach jeder Richtung bemüht, Erleichterungen herbeizuführen. Er ist auch beim Reichsbankdirektorium wiederholt in schriftlichen Eingaben und mündlichen Vorstellungen dafür eingetreten, daß mit Rücksicht auf die ohnehin schwierigen sachlichen Verhältnisse möglichste Entgegenkommen gegenüber den Wünschen und Anträgen sächsischer Industriebetriebe geübt wird. Die Reichsbank hat sich aber leider nicht in der Lage gesehen, ihre gegenwärtige Kreditpolitik zu ändern, da sie deren oberstes Ziel, die Erhaltung der Rentenmarktwährung nur dann erreichen kann, wenn jede Möglichkeit einer neuen Inflation unterbunden wird. Leider ist in der gegenwärtigen Situation eine fühlbare Erleichterung der Kreditverhältnisse durch die Reichsbank mit der Gefahr einer neuen Inflation unvermeidlich verbunden. Eine Lösung der Krise kann deshalb nur dadurch erreicht werden, daß die Bildung der neuen Regierung nach Möglichkeit beschleunigt wird, damit das neue Kabinett sich nach seiner Konstituierung zuerst mit dieser Frage befaßt und ohne Zögern die Voraussetzungen schafft, um in Deutschland einen normalen Geld- und Kreditverkehr wieder herbeizuführen. Nur so kann den jetzigen unbefriedigten Zuständen ein Ende bereitet werden. Der Verband hat in Berlin entsprechende Anträge gestellt und die verantwortlichen Stellen, auch die Parteien, darauf hingewiesen, daß in dieser Frage größte Eile von Nöten ist, wenn nicht aus der weiteren Steigerung der Kreditnot die schwersten volkswirtschaftlichen Schäden entstehen sollten.